

Grenzgänger fordern Parkplätze bei Haltestellen

Steuergelder von Elsässern sollen diese finanzieren

SAINT-LOUIS. Basel soll Infrastrukturen finanzieren, damit die elsässischen Grenzgänger ihre Autos in der Nähe von ÖV-Verbindungen abstellen können. Dies fordert Jean-Luc Johaneck, Präsident der Grenzgängervereinigung «Comité de Défense des Travailleurs Frontaliers du Haut Rhin» (CDTF), in einem gut dreiseitigen, französischsprachigen offenen Brief an den Grossen Rat. Im CDTF sind knapp 19000 Grenzgänger organisiert. Hintergrund der Forderung ist die Entscheidung der Regierung, ab Januar 2009 die weissen Parkplätze abzuschaffen.

Finanziert werden sollen die Strukturen durch die Steurrückzahlungen, die der Kanton Basel-Stadt jährlich von Frankreich erhält – 4,5 Prozent der Brutto Lohnsumme der Elsässer Grenzgänger. Johaneck rechnet hoch, dass Basel seit

20 Jahren jedes Jahr 37,3 Millionen Franken an Steuergeldern bekommen habe. «Was macht der Kanton mit dieser enormen Summe, von der kaum ein Einwohner weiss?»

LOHNVERLUST. Johaneck fordert Alternativen zur Möglichkeit, für 2000 Franken eine Jahresparkkarte zu kaufen, da dies einen hohen Lohnverlust darstelle. Er weist darauf hin, dass es im Sundgau keine ÖV-Möglichkeiten für die Grenzgänger gebe und die Zuglinie Mulhouse–Basel zu Spitzenzeiten überlastet sei. Angesichts der Steuerzahlungen der Grenzgänger an Basel sei er sprachlos, dass die Regierung neue Park-and-Ride-Einrichtungen über einen Fonds aus den Einnahmen der Jahreskarten finanzieren wolle, die vor allem durch die Grenzgänger bezahlt würden. psc